

Pressemitteilung

Weiterhin Fehlanzeige bei bürgerfreundlicher Geschäftspolitik der Stadtwerke

"Die städtischen Vertreter im Aufsichtsrat der Stadtwerke wollen weiter machen wie bisher. Anstatt sich damit zu befassen, wie die Geschäftspolitik der Stadtwerke im Sinne der Bürger gestaltet werden kann, sollen die Profitinteressen der beteiligten Konzerne auch in Zukunft Vorrang vor den Bürgerinteressen haben. Das ist das enttäuschende Resultat aus der Sondersitzung am Montag", stellen Wilhelm Zimmerlin, Gerd Cremer und Reinhard Nühlen vom Bündnis für soziale Energiepreise und gerechte Politik e.V. (BüFEP) fest. Im Aufsichtsrat sitzen die Oberbürgermeisterin und ein weiterer Vertreter der SPD, zwei von der CDU und je einer von der FDP, den Grünen und der Bürgerliste. Sie reden zwar alle gern von Bürgernähe; aber das sind reine Floskeln. Wenn es darauf ankommt, zeigen sie ihre wahre Haltung. Die gleichen Parteivertreter haben auch schon im Stadtrat den von 1347 Bürgern unterschriebenen Einwohnerantrag "Gleiches Recht für alle Bürger" abgelehnt.

"Für uns geht es nach wie vor darum, die legitimen Interessen der Kreuznacher Bürger an der Rückzahlung von unrechtmäßigen Strom- und Gasentgelten durchzusetzen“, betonen die BüFEP-Vorstände. Wir werden den berechtigten Forderungen mit einem offiziellen Bürgerbegehren Nachdruck verleihen und haben damit begonnen, Unterschriften sammeln. Wenn 3000 Bürger das Bürgerbegehren unterschreiben, muss die Stadt einen Bürgerentscheid durchführen. Der Bürgerentscheid erfolgt dann wie eine Wahl. Jeder wahlberechtigte Bürger hat eine Stimme. Mit einem Bürgerentscheid stimmen die Bürger selbst darüber ab, ob die Stadtverantwortlichen den Willen der Bürger zu befolgen haben oder nicht.